

Europa Aktuell 11/2018

WIFI4EU: 129 österreichische Gemeinden erfolgreich

129 österreichische Gemeinden konnten sich bei der ersten Ausschreibung von WIFI4EU nach dem Windhundprinzip durchsetzen. Sie erhalten Gutscheine im Wert von 15.000 Euro, um damit öffentliche Hotspots einzurichten.

Insgesamt wurden 2.800 (von 13.000 teilnehmenden) europäische Gemeinden ausgewählt, alle erhalten dieselbe Summe von 15.000 Euro. Die Gemeinden müssen nun im WIFI4EU-Portal die Fördervereinbarung mit der zuständigen Exekutivagentur unterzeichnen, danach haben sie 18 Monate Zeit, ihren Hotspot einzurichten. Erfolgt die Umsetzung nicht fristgerecht, kommen die Gemeinden auf der Reserveliste zum Zug. Die Gemeinden müssen nun einen Telekomanbieter auswählen. Bereits registrierte Anbieter finden sich auf dem WIFI4EU-Portal, andere Anbieter müssen sich spätestens nach Kontaktaufnahme durch die Gemeinde im Portal registrieren. D.h. die Gemeinde selbst erhält nur den Gutschein, registrierte Anbieter können diesen nach erfolgter Installation einlösen.

Eine Liste der österreichischen Gemeinden sowie die Gesamtliste aller förderfähigen Gemeinden kann über den Link unten eingesehen werden. Anfang 2019 wird es die nächste Ausschreibung geben.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/winners-wifi4eu-call-announced>

Ausschuss der Regionen: Österreich lädt ein

Im Rahmen der diesjährig letzten Plenartagung des Ausschusses der Regionen lud die österreichische Delegation zum Empfang.

Der erste Tag des AdR-Plenums Anfang Dezember stand im Zeichen der Abstimmungen über die zukünftige Landwirtschafts- und Regionalpolitik. In dieser Sache sind die Gemeinden und Regionen nicht unbedingt auf einer Linie mit ihren Zentralregierungen oder den Vorschlägen der Kommission, aber auch untereinander gibt es unterschiedlichste Erwartungen an die Fördertöpfe. Dementsprechend intensiv waren die Diskussionen, auch die Abstimmungen zogen sich bis in den Abend.

Am zweiten Tag stellte sich Brexit-Chefverhandler Michel Barnier den Fragen der AdR-Mitglieder. Bei der Brexit-Diskussion ging es v.a. um die lokale und regionale Dimension des geplanten Austritts. Viele AdR-Mitglieder berichteten aus eigener Perspektive, u.a. LR Eibinger-Miedl über die berechneten Auswirkungen auf die steirische Automobilindustrie oder ein Vertreter Flanderns, wo ein Brexit-verursachter BIP-

Rückgang von über 2% erwartet wird. Auch einige AdR-Mitglieder aus dem Vereinten Königreich sprachen sich klar gegen den Brexit aus und versuchten Barnier zu einer Aussage zu bewegen, ob Großbritannien das Austrittsgesuch einseitig zurückziehen könne. Denn kürzlich hatten der [Europäische Gerichtshof](#) und sein [Generalanwalt](#) unter Verweis auf die Wiener Vertragsrechtskonvention genau in diese Richtung argumentiert. Michel Barnier betonte allerdings mehrmals, dass er sich nicht auf Spekulationen einlasse und auch Schottland keinen Ausblick auf die Zukunft geben könne. Für die Lösung innerbritischer Fragen und eine Entscheidung über das weitere Vorgehen sei ausschließlich die britische Regierung zuständig.

Für den österreichischen Gemeindebund nahmen Bgm. Hanspeter Wagner und VBgm. Carmen Kiefer an den Sitzungen in Brüssel teil.

Am Abend des ersten Plenartages fand ein Empfang der österreichischen Delegation aus Anlass der zu Ende gehenden EU-Ratspräsidentschaft statt. Untermalt vom Kärntner Quintett Blechreiz wurde österreichische Gastfreundschaft mit Wein und Schmankerln zelebriert.

<https://cor.europa.eu/de/events/Pages/132nd-cor-plenary-session.aspx>

Bürgerdialoge: Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht

Im Zuge der Debatte über die Zukunft Europas fanden dieses Jahr europaweit 808 Bürgerdialoge statt. In Österreich waren es immerhin 43, unter den Gemeindevertretern ist Bgm. Hanspeter Wagner mit vier Dialogen Spitzenreiter.

Anfang Dezember veröffentlichte die EU-Kommission ihren Fortschrittsbericht über die Bürgerdialoge, die Teil der Debatte über die Zukunft Europas sind. Allein heuer beteiligten sich 73.000 Personen an europäischen Bürgerdialogen, seit 2015 wurden 1261 solcher Veranstaltungen in 405 Städten und Gemeinden abgehalten.

Die von einem Bürgerpanel erarbeitete Online-Konsultation zur Zukunft Europas wurde von über 76.000 Personen beantwortet, Österreich zählt zu jenen zwölf Staaten, in denen die 1.000er-Grenze überschritten wurde. Spitzenreiter ist Frankreich mit über 22.000 Antworten.

Die Zusammenfassung der Kommission zeigt kein einheitliches Ergebnis, aber einen teils sehr kritischen Blick auf gewisse Bereiche. In der Wirtschaftspolitik fürchtet man die Macht internationaler Konzerne und Datengiganten, viele Bürger wünschen sich mehr Unterstützung für Innovation und Forschung. Auch die soziale Entwicklung ist ein Top-Thema. Die EU kann darauf nur bedingt direkt antworten, die aktuell diskutierten Vorschläge zu gleichem Lohn für gleiche Arbeit oder Elternkarenz sind hier zu nennen. Das Vertrauen in die EU ist generell zufriedenstellend und die Europäer sehen die Zukunft eher optimistisch.

Die [Bürgerkonsultation](#) ist übrigens noch nicht abgeschlossen. Die Ergebnisse werden auch Thema beim Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs im Mai 2019 in Sibiu sein.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6739_de.htm